

Eindeutige Antwort Berlins

Senat stellt fest: Moskauer Note keine Diskussionsgrundlage

Berlin (Eigenmeldung). Der Senat hat sich in Gegenwart des Präsidenten des Abgeordnetenhauses sowie der Vertreter der Fraktionen erneut mit der sowjetischen Note und der Situation der Stadt befaßt. In einem Kommuniqué wird erklärt, der Senat habe von jeher die Auffassung vertreten, daß die wider-natürliche Zerreißung Berlins und Deutschlands ein dauernder Herd internationaler Spannungen sei. Der in der sowjetischen Note enthaltene Vorschlag zur Lösung der Berlin-Frage sei jedoch keine Diskussionsgrundlage. Er diene vielmehr ganz offensichtlich allein dem Zweck, ganz Berlin endgültig der sogenannten DDR einzuverleiben.

Ferner wird erklärt, daß der Senat dankbar das einmütige und eindeutig ablehnende Echo der amtlichen Stellen und der öffentlichen Meinung der westlichen Welt begrüßt. Berlins Haltung gegenüber sowjetischen Drohungen und Lockungen habe sich nicht geändert. Der Senat werde darauf hinwirken, daß der sowjetische Vorstoß zum Anlaß genommen wird, „das Gespräch der vier Mächte über Deutschland wieder in Gang zu bringen, durch das allein auch die Berlin-Frage gelöst werden kann“.

Die sowjetischen Drohungen gegenüber Westberlin haben inzwischen nicht nur zu einer lebhaften diplomatischen Aktivität in den westlichen Hauptstädten, sondern auch zu zahlreichen Demonstrationen der Entschlossenheit geführt, die Menschen im freien Teil der Viersektorenstadt nicht im Stich zu lassen. Der Oberkommandierende der amerikanischen Armee in Europa, General Hodges, ist am Sonnabend in Berlin eingetroffen. Außer ihm werden auch der Oberkommandierende des in der Bundesrepublik stationierten 5. US-Armeekorps, Generalleutnant Farrell, der amerikanische Botschafter in Bonn, Bruce, und der französische Botschafter Seydoux zu Besprechungen mit dem Senat in Berlin erwartet.

Eingehende Besprechungen über die Aufbaupläne des Bundes in Berlin haben zwischen dem Bundesbevollmächtigten Dr. Vockel und Vertretern des Ministeriums für wirtschaftlichen Besitz des Bundes zu folgendem Ergebnis geführt:

Am Reichstag gehen die Arbeiten für die Erhaltung des Gebäudes weiter, über dessen endgültige Zweckbestimmung

der Bundestag noch beschließen muß.

Das Schloß Bellevue wird bis zum Frühjahr nächsten Jahres fertiggestellt.

Das Europahaus am Anhalter Bahnhof, in das unter anderem die Stiftung „Ostdeutsche Heimat“ einzieht, wird mit Beginn des nächsten Jahres aufgebaut. Die Gardeschützenkaserne wird teilweise umgebaut, damit die Polizei drei Gebäude beziehen kann. Der für die Unterbringung von Flüchtlingen bestimmte Trakt wird davon nicht berührt.

Die Akademie für Entwicklungsländer wird in der ehemaligen Borsig-Villa in Tegel ihren Platz erhalten.

Für alle diese Projekte stehen die notwendigen Mittel zur Verfügung.

Erster Fortschritt in Genf?

Atomkräfte diskutieren Vertrag über Kernwaffenversuche

Genf (ap). Mit der Erörterung eines Vertrages über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche haben die in Genf konferierenden Vertreter der drei Atom-Mächte begonnen. Erörtert wurden die überarbeitete Präambel des sowjetischen Vertragsentwurfes und der von den USA eingebrachte Entwurf für den ersten Vertragsartikel. Politische Vertreter in Genf rechnen mit harten Auseinandersetzungen, da im ersten Artikel nach Ansicht des Westens unbedingt die Zusicherung der Unterzeichnerstaaten enthalten sein muß, mit einer internationalen Kontrollorganisation zusammenzuarbeiten. Demgegenüber hält die Sowjetunion ein Abkommen über die dauernde Einstellung

der Versuche auch ohne diesen Zusatz für angebracht.

Die gleichzeitig in Genf tagende Zehn-Mächte-Konferenz über Möglichkeiten zur Verhinderung von Überraschungsangriffen trat in ihre vierte Verhandlungswoche ein, ohne daß es bis jetzt zu einer Übereinstimmung über die Beratungsthemen gekommen ist. Die Vertreter des Westens haben am Montag ausdrücklich erklärt, sie seien nur bereit, die technischen Aspekte des überwiegend politischen Abrüstungs- und Waffenkontrollplans zu erörtern, der Ende vergangener Woche vom Sowjetblock vorgelegt worden war. Die Delegation des Ostblocks wünscht dagegen die gesamte Behandlung ihres Vorschlages.

Was wird aus Berlin?

K. W. B. Je genauer man sich in das Studium der sowjetischen Attacken vom 27. November vertieft, desto klarer wird, warum die Sowjets ein deklariertes Verhandlungsziel mit der ultimativen Drohung einer Sechs-Monate-Frist verbunden haben. Chruschtschow erwartet, wie in manchen früheren Fällen der Auseinandersetzung, ein inhaltelndes oder verzögerndes Nein aus dem Westen. Mit dem Druck der sechs Monate und dem deklamatorischen Satz: „Wenn dieser Versuch für die Regierung der USA nicht annehmbar ist, gibt es kein Thema mehr für Gespräche zwischen den früheren Besatzungsmächten über die Berliner Frage“ müßte er in der Sprache der überkommenen Diplomatie überhaupt jedes Gespräch von vornherein unmöglich machen. Bei dem bis zum äußersten gespannten Verhältnis zwischen den USA und den Westmächten einerseits und der Sowjetunion andererseits aber kann er damit nur das Zusammentreffen mit den Westmächten erzwingen wollen. Oder aber er rechnet mit der äußersten Möglichkeit: Denn dem Kreml ist ganz gewiß das strikte Nein im voraus bewußt gewesen, das die politische Führung des Westens dem sowjetischen Vorschlag von der Neutralität der Berliner Weststadt entgegenbringen mußte. Wenn Chruschtschow also mit Widerstand rechnen mußte, dann wollte er gewiß mindestens derjenige sein, der das Thema von morgen bestimmt. Er wollte als der Ankläger erscheinen, der die Westmächte vor ein Tribunal als Angeklagte fordert, das Vier-Mächte-Konferenz heißen könnte.

Der skeptische Betrachter wird einwenden, Absprachen und Konsultationen hätte es gegeben, seit das westliche Bündnis überhaupt als Abwehr-Bündnis gegen die östliche Bedrohung entstanden ist. Vielleicht wird er auch auf manchen weiteren Schritt hinwei-

sen, den die Sowjetregierung auf dem Marsch nach dem Westen gegangen ist, weil der Westen schwerfällig seinen demokratischen Beratungsapparat sehr langsam und zögernd in Bewegung setzen und nicht selten zu spät handeln konnte. Man wird demgegenüber darauf hinweisen können, daß Berlin in den vielen Jahren seiner Sonderexistenz von schwächeren und stärkeren Gefahren immer wieder bedroht worden ist. Die Stadt ist von vielen Krisen geschüttelt worden. Doch wir sind uns gewiß, daß keine so an den Grund der Dinge rührte, wie die, mit der Chruschtschow jetzt die freie Welt überfallen hat. Es ist gerade am 30. November zehn Jahre her, daß die Sowjets der Stadt Berlin den vergleichsweise größten Gewaltakt antaten, der sie überhaupt je betroffen hat. Wer damals in Berlin lebte, wird zwar die Erschütterung miterlebt haben, mit der hier ein von den sowjetischen Waffen geschützter kommunistischer Putsch die Stadt spaltete. Aber er wird auch im Unterschied zu dem, was heute geschieht, die Machtlosigkeit des Westens, Deutschlands und Berlins trotz aller so imponierenden westlichen Durchhalte-Maßnahmen jener Zeit verspürt haben. Damals konnten die Sowjets mit der Sanktionierung der Stadtsplaltung einen Rechtsbruch begehen, der ihnen nur in der Selbstverteidigung der westlichen Stadt den vollen Eroberungserfolg vorenthielt. Doch die Oststadt Berlins brachten sie auf dem Wege des Putsches, ohne daß der Westen dagegen etwas tun konnte, unter ihre durch keine demokratischen Wahlen legitimierte Hoheit.

Das Berlin von 1958 ist nicht mehr das Berlin von 1948. Die Menschen dieser Stadt sind gewiß nicht mehr vom Atem der großen und schweren Widerstandstage bewegt; auch ihnen hat, wie den Bürgern der Bundesrepublik, die Arbeit und die Sorge für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg andere Züge aufgeprägt. Aber der Verlust an politischer Aktivität wird vielfach aufgehoben durch die Stellung des freien Berlin in der freien Welt. Wenn

Chruschtschow auf diese gewisse Zunahme der Wohlstandssphäre in der Stadt spekulieren sollte und auf eine vielleicht damit verbundene Bereitschaft, sich den Lockungen eines eigenen Status der „Freien Stadt“ zu ergeben, so hat er ganz gewiß die Stetigkeit außer acht gelassen, mit der Berlin zu einem immer solideren Bestandteil der westlichen Welt geworden ist.

Es ist nicht selten in Erinnerung an das berüchtigte Wort „Sterben für Danzig?“ darüber gesprochen worden, ob Berlin einen Krieg wert sei. Die Mehrzahl der realistischen Beobachter in aller Welt wollte und will an eine solche Möglichkeit nicht glauben. Chruschtschow hat mit seinem undisputablen „Freistadt“-Projekt die Parallele mit Danzig mit allen seinen schauererregenden Wirkungen unbewußt der Menschheit in Erinnerung gerufen. Sicherlich hat er nicht daran gedacht, welches Ende gerade die Lösung des Danzig-Problems durch Hitler im Gefolge gehabt hat.

Aber er hat noch etwas anderes bewirkt: Er hat die teils eingeschlaferte und auch nicht mehr überall lebendige Erkenntnis zur Ansicht unseres ganzen Denkens diesseits und jenseits der Blöcke gemacht: Am Berlin-Problem hängt der Friede der Welt. Es zu lösen, ist wahrhaft die zentrale Aufgabe der Politik. Es aber aus dem Problem Deutschland und Europa herauszulösen zu wollen, heißt mit dem Feuer spielen. Gäßen die Westmächte einem solchen Versuch auch nur in der unscheinbarsten Form nach, öffnen sie den Sowjets die Chance, sich den Weg zur Durchdringung und Besetzung ganz Deutschlands — und das heißt Europas — aufzureißen. Chruschtschow hat die Zeit reif, ja überreif gemacht, aus der sowjetischen Bedrohung die Konsequenzen zu ziehen: nun die Moskauer Aufkündiger der gemeinsamen Zusammenarbeit in Sachen Deutschland zur Verantwortung für das gemeinsame Deutschland zu zwingen. Es geht nicht mehr um Schritte und Stücke. Die Westmächte müssen nun für das Ganze entscheiden. Auch das Risiko muß eingesetzt werden.

Chruschows Plan unter der Lupe

Eine erste Analyse der Bundesregierung — „Die Dreiteilung Deutschlands“

Bonn (ap)

Eine erste Stellungnahme seitens der Bundesregierung zum Inhalt der sowjetischen Berlin-Noten veröffentlicht die offiziöse „Diplomatische Korrespondenz“. Unter der Überschrift „Die Dreiteilung Deutschlands“ erklärt sie, es verstehe sich von selbst, daß eine solche Lawine von Worten, wie sie die sowjetischen Noten brächten, nicht schon am nächsten Tag diplomatisch bewertet werden könne. Wenn man aber den Kern der sowjetischen Vorschläge aus dem Wust von Worten herauschäle, so ergäbe sich für Deutschland bei einer Annahme der sowjetischen Vorschläge in ihren Grundlinien folgendes Bild:

● An dem tatsächlichen Nebeneinander von Bundesrepublik und kommunistischem Sowjetzonenregime werde sich zunächst nichts ändern.

● Dieser rein tatsächliche und provisorische Zustand würde sich in einen langfristigen und völkerrechtlichen allgemein anerkannten Normalzustand verwandeln. Denn das von den Sowjets vorgeschlagene Berlin-Abkommen erfordert „die aktive Mitwirkung der DDR“. Es würde also der Sowjetzone die lang ersehnte völkerrechtliche Anerkennung als souveräner Staat und Grotewohl und Genossen die Anerkennung als Regierung einbringen. Die förmliche Konstituierung Westberlins als Freistadt würde in der Welt allgemein als Zeichen dafür bewertet werden, daß mit einer Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr zu rechnen sei.

● Es würde nicht nur eine Zweiteilung, sondern eine Dreiteilung Deutschlands stattfinden. Die Freistadt Westberlin würde als drittes Staatsgebilde neben die Bundesrepublik und die „DDR“ treten.

● Berlin würde die letzten bescheidenen Reste seiner städtischen Einheit und Zusammengehörigkeit verlieren, die bisher noch darin bestanden hätten, daß der Viermächte-Status ein gewisses Mindestmaß an freier Zirkulation der Bevölkerung im gesamten Stadtgebiet garantiert habe. Ostberlin würde Teil der Sowjetzone (ihre „Hauptstadt“), an die Stelle der relativ durchlässigen Sektorengrenze würde mitten im Stadtgebiet die „chinesische Mauer der Zonengrenze“ treten.

● Westberlin würde jedes effektiven Schutzes beraubt werden. Während die Garnisonen

der Westmächte abziehen sollen und Westberlin entmilitarisiert werden soll, bleiben in Ostberlin beliebig starke Einheiten der Volkspolizei und der bewaffneten Kampfgruppen, und nichts hindert die Verlegung starker Einheiten der sogenannten Volksarmee nach Ostberlin. Die bisher in Ostberlin stationierte sowjetische Wachtruppe soll abziehen, aber das Stadtgebiet bleibt auf allen Seiten umschlossen von jenem Zonengebiet, in dem 22 sowjetische Divisionen stehen.

● Westberlin wäre der Gefahr ständiger Interventionen von seiten der Sowjetunion und der Zone ausgesetzt. Denn es soll sich verpflichten, „Spionage“, „Diversionen“ und „verleumderische Propaganda“ gegen die Zone und andere „sozialistische Länder“ zu unterbinden. Wer „Spion“ und „Diversant“ ist, bestimmt natürlich Moskau. Befriedigt werden kann

diese Forderung nur, wenn man auch in Westberlin die Freiheit der Meinungsäußerung abschafft und zu einem System des Polizeistaates übergeht.

● Der Zonenbevölkerung würde der letzte Fluchweg nach Westen abgeschnitten. Durch die Verlegung der Zonengrenze in die Stadtmitte und die Kontrolle aller Land-, Wasser- und Luftverbindungen nach Westdeutschland wäre es Pankow endlich möglich, den Flüchtlingsstrom gewaltsam abzudrosseln.

● Die Kontrolle der Verkehrsverbindungen nach dem Westen würde es der Zone gleichzeitig erlauben, die Westberliner Wirtschaft, ja sogar die lebenswichtige Versorgung Westberlins nach freiem Belieben zu strangulieren.

● Und die Garanten des neuen Status von Westberlin? Am nächsten dran sitzen die „hochsinnigen Patrioten“ in Pankow. Dann kommen die 22 Divisionen der Roten Armee. Fern im Westen stehen die Streitkräfte der Westmächte und unreife bescheidene Bundeswehr. Und ganz fern in New York steht das Haus der Vereinten Nationen, deren offiziellen Vertretern noch niemals in politischer Mission der Zutritt zu einem „sozialistischen“ Lande gestattet wurde.

Ein Appell Adenauers

Die Stunde erfordert gemeinsame Politik aller Parteien

W. Bonn (Eigenmeld.). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat alle Parteien und die Öffentlichkeit der Bundesrepublik aufgerufen, angesichts der sowjetischen Bedrohung Westberlins die Einigkeit zu wahren. Vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte er, es gehe jetzt nicht darum, wer in der Vergangenheit recht gehabt habe. „Es kommt darauf an, eine geschlossene Meinung des freien Deutschlands zu entwickeln. Wenn wir uns jetzt gegenseitig bekämpfen, kann das verhängnisvolle Folgen haben.“ Adenauer begrüßte die Tatsache, daß keine Fraktion zur Zeit eine außenpolitische

Debatte im Bundestag wünscht.

In bezug auf die westliche Haltung zu Berlin äußerte Adenauer seine feste Zuversicht, „daß der Westen zu seinem uns gegebenen Wort und zu den Vereinbarungen steht“. Chruschow habe in den Noten versucht, die westlichen Länder gegen Deutschland aufzuwiegeln. Das sei jedoch nicht gelungen. „Wir können darauf vertrauen, daß der Westen eine feste Haltung gegenüber der Sowjetunion zeigen wird.“ Wenn der Westen fest bleibe, werde die Sowjetregierung schließlich auch zu Verhandlungen bereit sein.

Berlin in den Schlagzeilen

Die Meinung der Weltpresse zu dem sowjetrussischen Ultimatum

Berlin (Eigenmeldung/ap). Die Ungültigkeitserklärung der Viermächte-Abkommen über Berlin durch die Sowjetunion und der sowjetische Vorschlag, Westberlin zu einer ehmilitarisierten Freien Stadt zu machen, beherrscht die Schlagzeilen der Weltpresse. Fast alle Blätter unterstreichen in Leitartikeln die Notwendigkeit, daß die Westmächte in Berlin bleiben und zeigen gegenüber den sowjetischen Vorschlägen mehr oder weniger starkes Mißtrauen.

„New York Times“ sieht in der von der Sowjetunion gestellten Verhandlungsfrist von sechs Monaten ein Ultimatum und meint: „Die Frist hat nur ein Gutes, sie verschiebt eine Kraftprobe in Berlin um sechs Monate, in denen viel geschehen kann. Die Sowjets proklamieren die Souveränität der Sowjetzone nicht nur über die Land- und Wasserwege nach Berlin, sondern auch über die Luftwege, und darin liegt die Gefahr des Stops einer neuen Luftbrücke, auf die der Westen noch immer als einen Ausweg zählt. Die Aussichten sind scheußlich, und der Westen muß sich mit ihnen auseinandersetzen.“

„New York Herald Tribune“: „Die sowjetischen Vorschläge sind ein überzuckerter Plan, mit dessen Annahme die Kommunisten alle ihre Ziele erreichen würden. Die Westmächte können dem sowjetischen Plan in seiner jetzigen Form in keinem Punkt zustimmen, ohne den Kommunisten Westberlin praktisch auf einem Tablett dazuzureichen...“

Gestattet Deutschland die ehrliche und demokratische Wiedervereinigung, und das Berlin-Problem wird von selbst verschwinden. Aber bis dahin kann der Westen Westberlin den Roten nicht überlassen, ohne einen Treubruch zu begehen und ernsteste Gefahren heraufzubeschwören.

Gefährlicher als Stalin

„Times“ (London): „Alles in Chruschows Ausführungen über Berlin kennzeichnet sie als den Eröffnungszug in einem langen und zähen Willenskampf... Die Aussichten sind in vielem genauso ernst und möglicherweise auch genauso gefährlich wie vor zehn Jahren, als Stalin Berlin blockieren wollte. Wenn es wieder zu einer

ähnlichen Situation kommen sollte, wäre die Antwort des Westens nicht weniger entschlossen... Aber es bestehen auch viele Unterschiede. Chruschow riskiert keinen direkten militärischen Bluff, nachdem sich die Gefahren erhöht haben, weil beide Seiten Atomwaffen besitzen. Falls Zusammenstöße bevorstehen sollten, so sorgt er dafür, daß sie erst dann eintreten können, nachdem sich die sowjetischen Streitkräfte von den Verbindungslinien zwischen dem Westen und Berlin zurückgezogen haben. In Wirklichkeit hofft Chruschow aufrichtig, alle direkten Zusammenstöße vermeiden zu können. Er versucht, seine Ziele mit politischen Manövern, Druck und Propaganda

zu erreichen — und er hat weit aus mehr als Berlin im Sinn.“

Nicht verraten!

„Daily Herald“ (London, Labour): „Die Herausforderung verlangt vom Westen die gleiche Einigkeit, die er vor zehn Jahren gezeigt hat. Aber es bleibt auch Zeit für weises Nachdenken. Ist es möglich, die drohende Kätzbalgerei in eine konstruktive Bemühung um den Frieden abzuwandeln? Der Westen muß es versuchen, die Zukunft Berlins als Teil einer umfassenderen Regelung in Europa ohne Verpflichtungen zu diskutieren.“

„News Chronicle“ (liberal): „Der Westen wäre ebenso nährisch, die Note sofort zurückzuweisen, wie es nährisch wäre, sich den Vorschlägen zu beugen. Sie sollten auf Außenministerebene aufgegriffen und auf einer festen, unerschütterlichen Grundlage erörtert werden. Von Anfang an muß es abg kristallklar sein, daß Berlin nicht verraten wird.“

„Fraß für den russischen Bären“

„Der Bund“ (Bern): „Man kann den Moskauer Plan einen Vorschlag zur Schaffung eines zweiten Danzig nennen, das abhängig allein von der Gnade oder Ungnade des Ostblocks wäre und eines Tages wohl ein Fraß für den unersättlichen russischen Bären werden würde. Die Verbindung Berlin—Bonn soll beendet werden und über Berlins Verkehrsverbindungen soll Pankow wachsen. Dafür will Moskau die Untantastbarkeit Westberlins garantieren, das gleiche Land, das Letland, Litauen und Estland annektierte, das den ungarischen Freiheitskampf in Blut und Tränen erstickte, das Millionen Menschen östlich der Elbe unterdrückt. Sechs Monate hat Chruschow dem Westen Frist gegeben — dann sollen Wahlschikanen und Uatertgrundkampf das Erreichen, was der Kommunismus in den letzten 13 Jahren im Herzen

Deutschlands nicht erreichen konnte.“

„Die Tat“ (Zürich): „Die Sowjets haben einen interessanten Ausweg offen gelassen, den näher zu prüfen, sich gewiß lohnen würde: die Einschaltung der UNO als Überwacherin und Garantin des neuen Status von Berlin. Das würde ganz einfach auch die Einschaltung der UNO in die deutsche Frage überhaupt bedeuten. Hier liegen noch ganz unüberblickbare Möglichkeiten verborgen, vielleicht sogar der Schlüssel zu einem wirklichen Fortschritt in der deutschen Frage.“

Stärker als Papier

„Nationalzeitung“ (Basel): „Hat man nicht einst mit Danzig unter dem Protektorat des Völkerbundes die allerschlechtesten Erfahrungen gemacht? Die Geographie pflegt stärker zu sein als das Papier, auf das

Garantien geschrieben werden. Berlin bleibt, auch wenn es unter der Kontrolle der Vereinten Nationen steht, von ost-deutschem Gebiet umgeben. Ein politischer Aufweichungsprozeß der Bevölkerung zugunsten Pankows wäre kaum zu vermeiden.“

Trojanisches Pferd

„Corriere della Sera“ (Mailand, unabhängig): „Die sowjetische These in der Berlin-Frage ist falsch, und die sowjetischen Vorschläge sind ungesetzlich. Das sowjetische Trojanische Pferd hat sich hinter einer Friedentaube verborgen.“

„La Stampa“ (Turin, unabhängig): „Es ist an den Westmächten, den sowjetischen Vorschlag auf eine Weise zurückzuweisen, durch die Moskau gezwungen wird, entweder die wahre internationale Lösung zu akzeptieren, den Sowjetsektor der Stadt der Kontrolle der UNO zu unterstellen, oder aber offen seine expansionistischen Bestrebungen zu manifestieren.“

Sicherheitsrat eingreifen!

„Le Peuple“ (Brüssel, sozialistisch): „Was Chrutschow als die Befreiung Berlins bezeichnet, ist in Wirklichkeit eine totale Einkreisung. Es ist klar, daß weder die Westberliner noch die Westmächte oder die Bundesrepublik darauf eingehen können. Seit 1945 sind über die Enklave mehr als zwei Millionen Ostdeutsche der Unterdrückung eines Regimes entflohen, das sich nur durch die Macht der Roten Armee hält. Diesmal handelt es sich um einen direkten Schlag gegen das Herzstück Mitteleuropas. Der Sicherheitsrat sollte mit der Angelegenheit befaßt werden.“

„Le Figaro“ (Paris, konservativ): „Die Westmächte haben sich des öfteren verpflichtet, die Westberliner nicht fallenzulassen. Man würde den kalten Krieg“ und gleichzeitig das Gesicht verlieren, wenn man abtrünnig würde. Das Fallenlassen Berlins würde unweigerlich eine tragische Serie diplomatischer Niederlagen einleiten. In jeder der drei Hauptstädte muß man sich vollkommen über die Tatsache im klaren

„Atlas“ flog 10 000 Kilometer

Erfolgreicher USA-Versuch — Sowjetischer Vorsprung eingeholt

Washington (ap). Die amerikanische Luftwaffe hat erstmals eine interkontinentale Rakete vom Typ „Atlas“ über die volle Distanz von etwa 10 000 Kilometern abgeschossen. Damit ist es den USA gelungen, den sowjetischen Vorsprung auf dem Gebiet interkontinentaler Raketen einzuholen.

Die „Atlas“ legte die Entfernung in etwa 30 Minuten zurück. Elektronengeräte auf verschiedenen Inseln und Schiffen verfolgten ihren Flug. Die „Nase“ des Geschosses, die mit einem Atom Sprengsatz versehen werden kann, ging im Südatlantik unweit der Insel Ascension nieder. Ein Sprecher der USA-Luftwaffe teilte mit, die „Atlas“ habe das vorberechnete Zielgebiet erreicht. Der Zweck des Versuchs sei zu 100 Prozent erfüllt.

Die Luftwaffe hat bis jetzt insgesamt 15 „Atlas“-Raketen abgeschossen. Der erste Versuch, bei dem die Rakete die volle Reichweite erreichen sollte, war am 13. September mißlungen. Bei mehreren anderen Versuchen wurden Entfernungen von 3000 bis 4500 Kilometern erzielt. Die 100 Tonnen schwere 30 Meter lange Rakete kann mit einem Wasserstoffbombenkopf ausgerüstet werden, der einen Zerstörungsradius von 100 Kilometern hat.

Tito nach Asien

Belgrad (dpa). In Begleitung hoher politischer Führer hat der jugoslawische Präsident Tito am Montag seine zweite Asien-Reise angetreten, die ihn

zuerst nach Indonesien führt. Tito ist bis Anfang Januar Gast des Staatspräsidenten Sukarno. Die anschließenden Etappen der Reise sind in Belgrad offiziell noch nicht bekanntgegeben worden. Es wird mit Besuchen in Indien, Pakistan und Ägypten gerechnet. Seine erste Asien-Reise hatte Tito im Winter 1954/1955 nach Indien und Birma unternommen.

Wieder mehr Flüchtlinge

Berlin (Eigenmeldung). Die Zahl der Sowjetzonen-Flüchtlinge, die in der abgelaufenen Woche die Notaufnahmen in Berlin und im Bundesgebiet beantragt haben, stieg von 2915 auf 3379. Die Zunahme betrug in Berlin allein 300 Flüchtlinge.

Aufträge für Berlin

Berlin (dpa). Der Berliner Bürgermeister Amrehn teilte mit, daß sich an der Auftragslage der Westberliner Wirtschaft trotz der sowjetischen Noten nichts geändert habe. In diesen Tagen sei eine Anzahl von Millionenaufträgen erteilt worden, die nicht unbedingt jetzt erwartet wurden. Amrehn, der auf einer CDU-Wahlversammlung sprach, wies ferner darauf hin, daß Berlin über Läger von Versorgungsgütern im Wert von 800 Millionen DM verfüge, die mindestens ein halbes Jahr reichen würden.

sein, daß, wie es kürzlich ein deutscher Journalist sagte: „Wer Berlin hält, hält Deutschland.“

Für Danzig sterben?

„Die Presse“ (Wien, unabhängig): „Eine sechsmonatige Frist gibt psychologisch Hoffnung auf den Abnutzungseffekt und damit auf die Möglichkeit, Bonn gegen Washington und London, London gegen Washington usw. auszuspielen und

so zumindest zu einem Teilerfolg zu kommen. Wären aber einmal die Westsektoren Berlins zu etwas wie eine ‚Freie Stadt‘, dann könnte man zu einem zweiten Schritt ansetzen und darauf hoffen, daß, so, wie es seinerzeit hieß: Für Danzig sterben?, es dann heißen würde: Für Berlin sterben?“

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Bichtofen-Str. 2.

Funktionäre trommeln schon wieder

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht). Solange die gleichen Wörter in Ost und West verschiedene Bedeutung haben, ist nicht der Wortlaut einer Note, sondern der Inhalt der Erklärungen wesentlich. Wenn die Sowjets unter einer freien Stadt dasselbe verstehen, was sie unter „Demokratie“ und „freien Wahlen“ verstehen, dann müssen erst die Begriffe geklärt werden. Und wem die östlichen Schalmeln in den Ohren klingen, der sollte sich fragen, ob die Hetze aus dem Osten, die jene milden Töne begleitet, zweckmäßig ist, die große Vertrauenskrise zwischen Ost und West zu lindern.

BITTERFELD

Kurzversammlungen in den Betrieben: Immer, wenn eine sowjetische Note bekannt wird, rasen die Parteifunktionäre wie Hornissen durch die Betriebe. Sie müssen ihr Soll erfüllen und „erläutern“, „erklären“, „agitieren“ und sie „hetzen“. In Agfa-Wolfen, in den Leunawerken und andern volkseigenen Betrieben fanden sofort

Kurzversammlungen statt. Der Tenor der Erklärungen der SED: „Westberlin muß beseitigt werden.“ Die Kommentare lauteten: „Westberlin ist ein Sumpf“, „Westberlin ist ein Agentennest“, „Westberlin ist das Chaos.“

Die SED-Zeitung „Freiheit“ assistiert und veröffentlicht täglich Berichte über Westberlin. Aber keine Meldungen über die neue Stadtautobahn, über das Hansaviertel oder über die U-Bahn Wedding—Steglitz, sondern: Fallstrick Westberlin — Jugendliche werden zu Mördern erzogen. Republikflüchtlinge kommen in Westberlin unter die Räder. Von Westberlin geht Unheil aus. Unfriede gegen die einzelnen Familien, Unfriede gegen die DDR. Unfriede mitten im Herzen Europas. In vielen Fällen wird Westberlin zum Fallstrick. Den einen lockt das Geld, den anderen zieht die buntschillernde Fassade an.

Alarm nach der Wahl. Die Massengüterproduktion wurde

im Kreis Bitterfeld nicht erfüllt. Alle Arbeiter sollen auf „Gefechtsstation“, um ihren Anteil an Bedarfsgütern zu erfüllen. Vor der Wahl wurde eine vorbildliche Erfüllung aller Programme gemeldet. „Es ist gut, daß bei uns keiner nachrechnet“, meinen die Arbeiter in Bitterfeld.

HALLE

„Schieber aus Westberlin stören in Halle.“ Die SED-Presse in Halle meldet — ausgerechnet nach Chruschtschows Berlin-Rakete —, daß „Schieber aus Westberlin mit gefälschten Personalausweisen in Halle optische Geräte einkauften, um wertvolle optische Erzeugnisse wie Ferngläser und Fotoapparate, durch schwarze Kanäle zum Schaden der „Werkstätigen zu verkaufen.“

An der Martin-Luther-Universität fanden in Studentenkreisen lebhafte Diskussionen um die Entwicklung in der Berlin-Frage statt. Die Studenten äußerten: „Wenn Berlin kassiert wird, sitzen wir in der Mausefalle, dann gibt es keinen Weg mehr ins Freie.“

POTSDAM

Mit Lautsprecherwagen Chruschtschow-Note angekündigt. In den Randgebieten um Berlin wurde die Bevölkerung am Donnerstagmittag vor 12 Uhr darauf hingewiesen, daß die sowjetische Berlin-Note von höchster Bedeutung sei und überall in Gemeinschaftsempfängen gehört werden müßte. In Betrieben, in Verwaltungen und Schulen hörten Erwachsene und Kinder die Note. Die ersten Reaktionen lauteten: „Ein halbes Jahr haben wir wenigstens noch Zeit.“

Umgehungsverkehr wird weiter verbessert. Die Omnibuslinien in den Berliner Randgebieten werden weiter verbessert, damit die Bewohner von Potsdam und Umgebung nicht mehr durch Westberlin fahren müssen.

„Rosinen kriege ich eben nur in Westberlin“, erklärte eine Potsdamerin bei der Kontrolle in Babelsberg. „Unsere HO-Geschäfte haben diese Backzu-

taten nun einmal nicht. Wenn Ihr es in den 13 Jahren nicht geschafft habt, uns mit diesen Dingen zu versorgen, dann kaufe ich eben in Westberlin.“ Die Einwohnerin aus Potsdam wurde in die Bahnhofswache abgeführt.

STRALSUND

Puppen in Arbeitskleidung: Auf einem Frauenforum in Stralsund erklärte der SED-Sekretär Heinz Chill: „Warum werden die Puppen als Kinderspielzeug zu Weihnachten nicht in Arbeitskleidung verkauft? Es kommt doch darauf an, das Bewußtsein der Kinder zu verändern. Es geht nicht allein um die Arbeitskleidung für die Puppe, sondern, daß solches Spielzeug eingekauft werden muß, das der polytechnischen Ausbildung entspricht.“

Mehr Hausfrauenbrigaden in die Betriebe: Als Errungenschaft des ersten Arbeiter- und Bauernstaates soll mit dem Nur-Hausfrau-Sein endlich Schluß gemacht werden. Es müßten viel mehr Hausfrauen in Hausfrauenbrigaden arbeiten. „Warum fällt es den Handelsfunktionären immer erst kurz vor Weihnachten ein“, fragten die Stralsunder Hausfrauen, „daß man zur Weihnachtsbäckerei auch Rosinen bräucht?“

ROSTOCK

Hetze gegen die Kirche: SED-Sekretär Mewis erklärte: „Wir Marxisten sehen hinter dem Klerus, hinter der Kutte nicht nur die Millionen des Papstes. Wir sehen dahinter die Millionen der Wallstreet und Westdeutschlands, die stehen dahinter und benutzen den Katholizismus für ihre imperialistischen Ziele.“ „Deshalb sollten sich“, forderte Mewis, „die protestantischen Arbeiter Norddeutschlands gegen die klerikal-militaristische Diktatur vereinigen.“ Er sagte wörtlich: „Nicht Sozialismus ist das unmittelbare Ziel, sondern parlamentarische Demokratie in ganz Deutschland. Sozialismus wird in Westdeutschland nur sein, wenn Ihr zuvor demokratische Verhältnisse schafft.“

Konferenz wird vorbereitet

Bonn für Berlin-Lösung im Rahmen der Deutschlandfrage

Bonn (Eigenmeldung/ap/dpa). Die Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik werden so bald wie möglich auf einer Konferenz einen gemeinsamen Standpunkt zu den sowjetischen Berlin-Vorschlägen erarbeiten. Ort und Zeit wurden noch nicht fest vereinbart, doch gilt es als wahrscheinlich, daß die Außenminister sich zwei oder drei Tage vor der am 16. Dezember in Paris beginnenden NATO-Konferenz treffen werden. Nach wie vor ist man in den Hauptstädten der westlichen Großmächte entschlossen, den sowjetischen Berlin-Vorschlag als unannehmbar zurückzuweisen. Man neigt jedoch dazu, eine Behandlung des Berliner Problems im Rahmen umfassender Deutschlandverhandlungen vorzuschlagen. Auf dieser Basis dürfte der Westen den Sowjets eine Konferenz über die Deutschlandfrage anbieten.

Die diplomatische Aktivität des Westens und das propagandistische Trommelfeuer des Ostens um die Berlin-Frage halten unvermindert an. Folgende neue Tatbestände sind zu verzeichnen:

- Bundeskanzler Adenauer empfing die Vorsitzenden aller Bundestagsfraktionen zu einer vertraulichen Aussprache über die sowjetischen Berlin-Noten.

- Eine Garantieerklärung Präsident Eisenhower für Berlin und die Versicherung des Oberkommandierenden der US-Truppen in Europa, General Hodes, daß jeder Angriff auf Westberlin als Angriff auf die USA betrachtet werde.

- Die britische Regierung ist bereit, an den Verbindungswegen nach Berlin untergeordnete Sowjetzone-Beamte als Beauftragte der sowjetischen Regierung zu akzeptieren.

- Amerikanische Kreise in Westberlin vertraten demgegenüber die Ansicht, in der Praxis würde es sich als unzweckmäßig erweisen, die Vopo bei Kontrollen alliierter Transporte nach Westberlin als Vertreter der Sowjetunion zu betrachten.

- In Ostberlin behauptete der sowjetzonale Außenminister Bolz am Montag vor dem „Nationalrat“: „Es gibt keine Vereinbarungen über die Verbindungswege zwischen Westberlin und Westdeutschland.“

- SED-Chef Ulbricht erklärte in einem Interview mit der „New York Times“, die Sowjetzonenregierung würde eine neue alliierte Luftbrücke nach Berlin als „militärische Drohung“ ansehen.

- Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow drückte den Wunsch nach Verhandlungen „mit unseren Kriegspartenern“ aus, fügte aber drohend hinzu: „Nach Ablauf der Sechsmonatsfrist wird es keine Verhandlungen mehr geben.“

Beratung mit Opposition

Bei der Besprechung Dr. Adenauers mit den Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen ist, wie verlautet, Übereinstimmung in bezug auf zwei Hauptpunkte erzielt worden: 1. Die Verwandlung Berlins in eine „Freie Stadt“ muß abgelehnt werden. 2. Die Ablehnung muß mit dem Gegenvorschlag verbunden werden, über ganz Deutschland zu verhandeln.

Dr. Adenauer will den Kontakt mit den Fraktionen der Opposition in der nächsten Zeit nicht abreißen lassen. In Kürze soll ein weiteres Gespräch stattfinden. Damit leitet die Bundesregierung ein verzwicktes Spiel von Vorverhandlungen ein; auf der einen Seite will sie die unverhoffte Einmütigkeit im Bundeshaus bewahren, auf der anderen Seite muß sie dafür sorgen, daß über das

weitere Vorgehen auch eine Einigung mit den Westmächten erfolgt. Dies wird auf dem Wege über eine deutsch-alliierte „Arbeitsgruppe“ geschehen, die in Bonn tagen soll. Hinter diesem neuen Namen verbirgt sich eine einfache Fortsetzung der früheren deutsch-alliierten Arbeitsgruppe für die Wiedervereinigung, auf deren Arbeit u. a. die „Berliner Erklärung“ vom Sommer 1957 zurückging.

Trotzdem dürfte es schwerlich gelingen, der Sowjetregierung vor Weihnachten eine Antwort zu erteilen. Die Bundesregierung wird bei den Vorbesprechungen versuchen, der westlichen Antwort eine bestimmte Richtung zu geben. Um zu Verhandlungen über die gesamte deutsche Frage zu kommen, will sie auf frühere sowjetische Noten und Erklärungen zurückgreifen, die sich günstiger über die Wiedervereinigung ausgesprochen haben als die jetzigen Berlin-Noten, die darüber kühl hinweggehen.

Botschaft Eisenhowers

Außenminister Dulles flog zum Urlaubsort Präsident Eisenhowers Augusta und erörterte mit ihm die Berlin-Frage. Nach der Konferenz teilte Dulles mit: „Der Präsident wiederholte die feste Zielsetzung unserer Regierung, daß die Vereinigten Staaten keinerlei Übereinkommen eingehen oder einen Kurs einschlagen werden, der darauf hinauslaufen würde, daß die Verpflichtungen aufgegeben werden, die die USA mit Großbritannien und Frankreich formell für die Freiheit und Sicherheit der Bevölkerung von Westberlin eingegangen sind.“

Raketenstart zum Mond

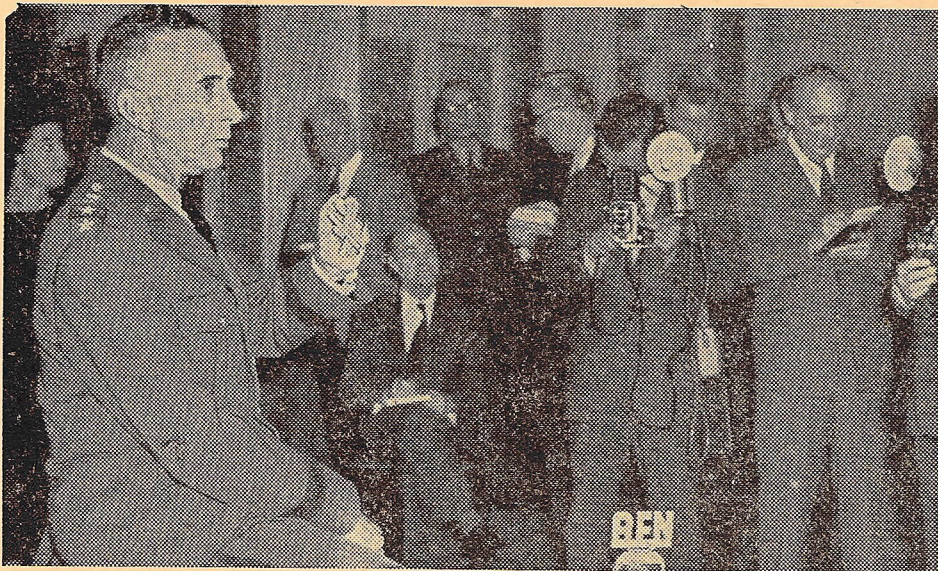
Versuch der US-Armee — Erdtrabant soll direkt getroffen werden

Washington (dpa). Der vierte Versuch, eine Rakete zum Mond zu schießen, ist noch für diese Woche von der amerikanischen Armee geplant. Das Experiment soll mit einer Juno-Rakete durchgeführt werden.

Im Gegensatz zur US-Luftwaffe, die ihre Satelliten in eine Kreisbahn um den Mond schießen wollte, wird die Armee

den Mond direkt zu treffen suchen. Der Satellit soll auch den „direkten Weg“ zum Mond nehmen und ihn in 33 Stunden und 45 Minuten erreichen.

Unabhängig von dem Gelingen oder Scheitern des Unternehmens bereitet die US-Armee schon ihren zweiten „Mondschuß“ vor, der voraussichtlich am 19. Dezember erfolgen soll.



BILDER DER WOCHE: Oben: „Wir sind auf alles vorbereitet“ versicherte der Kommandeur der US-Stritkräfte in Europa, General Hodges, auf einer Pressekonferenz in Berlin. — Unten: Zu den Ehrengästen beim Bundespresseball 1958 im Kurhaus von Bad Neuenahr gehörte auch die französische Filmschauspielerin Martine Carol, die das ap-Foto hier am Tisch des Bundespräsidenten zeigt. In der Mitte der französische Botschafter in der Bundesrepublik, Botschafter Seydoux.

